71. Jahrgang. № 477 Montag, 11. Oktober 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Heute mit großem Sportteil!

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 [illegible] Postbezugspreis für Monat Oktober 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Hauptgeschäftsstelle: [illegible]straße 38/42. [illegible]lepsch & Reichardt in Dresden. Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee
„Barberina"
Prager Straße / Reitbahnstraße
Abends 8 Uhr: Das Parkett der Attraktionen aller Welt

Programmatische Kanzlerrede in Essen.

Neues Werben um die Sozialisten. — Thoiry darf durch keine Zwischenfälle gestört werden.

Deutschnationaler Auftakt zum Wahlkampf in Sachsen. — Frankreich fragt bei Coolidge wegen Mobilisierung der Dawesobligationen an

Marx über seine Politik.

Essen, 10 Okt. Die von der Reichszentrale für Heimatdienst gemeinsam mit der Stadt Essen veranstaltete staatspolitische Vortragsreihe wurde heute abend eröffnet. Nach einem Vortrag des Ministerialrats Dr. Strahl, des Leiters der Reichszentrale für Heimatdienst, über die Tätigkeit und Ziele der Reichszentrale für Heimatdienst, hielt **Reichskanzler Marx** eine groß angelegte programmatische Rede, in der er das Arbeitsprogramm der Regierung entwickelte. Ausgehend von der Politisierung der Massen, in der der Reichskanzler eines der wichtigsten Kennzeichen der modernen Zeit überhaupt sieht, führte er zunächst aus, daß in der stärkeren Anteilnahme der Massen der neue Volksstaat dem früheren Obrigkeitsstaat unbedingt voraus sei. Aber diese Politisierung birgt, so fuhr er fort, auch gewisse Gefahren in sich. **Kein anderes Volk huldigt so** dem politischen Idealismus, wie das deutsche. Dadurch ist ohne Zweifel unser deutsches Volk und unser deutscher Staat stärker als andere moderne Staaten mit innerpolitischen Spannungen und Splitterungen bedacht. Nirgendwo ist die Pflege des Gedankens der Volksgemeinschaft notwendiger als bei uns.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen Dr. Silverbergs auf der Dresdner Industrietagung führte der Reichskanzler weiter aus: Wenn Dr. Silverberg auch keine allgemeine Zustimmung fand, so hat sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber diese Gedanken Anklang finden. Wer von der Notwendigkeit eines einträchtigen Handinhandarbeitens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft überzeugt ist, wird von beiden erwarten, daß sie ohne Einschränkung den Staat, wie er heute ist, anerkennen und an seiner Entwicklung mitarbeiten. **Der Regierung ist die Mitarbeit jeder Partei willkommen, die die mühsam aufgebaute staatliche Ordnung anerkennt** und sich schützend vor sie stellt. Ich habe tief bedauert, daß kürzlich wiederum das Wort gefallen ist: Es könne in Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. **Eine Politik, die unterscheidet zwischen Parteien, die regierungsfähig und solchen, die von vornherein als regierungsunfähig bezeichnet werden, obschon sie zur Mitarbeit bereit sind, (?) halte ich für ein Unglück.** Wir brauchen alle Kräfte, die gewillt sind zur positiven Mitarbeit. Nur so werden wir die schwierigen Aufgaben lösen, vor die wir im kommenden Winter gestellt werden. Wir können uns nicht den Luxus gestatten, große Parteien von vornherein mit dem Stigma der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken. (Und trotzdem lehnt gerade die Partei des Kanzlers die Arbeit mit den Deutschnationalen auf das schärfste ab. Die Red.)

Uebergehend zur finanziellen Lage

stellte der Kanzler zunächst fest, daß **in den Monaten Juli und August eine gute Besserung auf der Einnahmeseite zu verzeichnen ist.** Zweifellos ist daraus auf eine größere Liquidität unserer Wirtschaft zu schließen. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß **auch die Ausgaben stark gestiegen** sind. Der demnächst dem Reichstag zugehende Nachtragsetat betrifft insbesondere die Aufgaben für Erwerbslosenfürsorge, für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, den Wohnungsbau, das Siedlungswesen und für die Fürsorge in besonders bedrängten Landesteilen.

Trotz verbesserter Steuereinnahmen kann das Reich froh sein, wenn es in diesem Jahre hart am Defizit vorbeikommt.

Vor allem darf man nicht verkennen, daß man in das Rechnungsjahr 1927 ohne Reserven aus Ueberschüssen der Vorjahre hineingeht. Wenn die Reichsregierung an dem Streben nach weiteren Steuererleichterungen festhält, so darf nicht verkannt werden, daß dies nur möglich sein kann, bei einer

baldigen Lösung des Finanzausgleichs.

Daß mit der endgültigen Gestaltung des Finanzausgleichs auch die Aufgaben-Verteilung zwischen Reich und Ländern zusammenhängt und daß es sich hier um das finanzpolitische Zentralproblem für das Reich und die Länder überhaupt handelt, möchte ich mit allem Nachdruck betonen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß der gesetzgeberischen Neuregelung des Problems eingehende Erwägungen vorangehen müssen. **Der Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des Problems ist noch nicht gekommen.** In dem Gesetz über die Aenderung des Finanzausgleichs von 1925 ist zwar in Aussicht genommen, daß der Finanzausgleich schon am 1. April 1927 durch Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftssteuer auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Die dazu nötigen umfangreichen Erhebungen liegen zurzeit noch nicht abgeschlossen vor. **Es bleibt jedenfalls dem Reichstag nicht genügend Frist, ein so verantwortungsvolles Gesetz rechtzeitig zum Abschluß zu bringen.** Außerdem ist es beim Finanzausgleich nicht mit dem Reichsgesetz allein getan, sondern es bedarf noch der Ausführungsgesetze der Länder. Alles das kann bis zum 1. April 1927 bestimmt nicht geschafft werden. **Die schlechte Lage unserer Landwirtschaft insbesondere hat es mit sich gebracht, daß viele Steuerpflichtige ausgefallen sind und daß infolgedessen große Mengen von Gemeinden über eine hinreichende Steuerkraft nicht verfügen.** Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß im nächsten Jahre das Gesetz zur endgültigen Regelung des Finanzausgleichs dem Reichstag so bald zugänglich gemacht werden kann, daß für seine sorgfältige Durchberatung die erforderliche Zeit bleibt.

Der Reichskanzler behandelte dann das Problem der Arbeitslosigkeit und

Einzelheiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms,

indem er bemerkte: Die vorhandenen Mittel reichen leider nicht zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus. Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen so eingesetzt werden, daß eine Belebung möglichst weiter Teile der Wirtschaft erreicht wird, um den Schlüsselgewerben Arbeit zu verschaffen und mittelbar auch andere Teile der Wirtschaft anzukurbeln. **Daneben muß vor allem die Förderung des Exports angestrebt werden.** Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm erinnerte der Reichskanzler an die Millionenaufträge von Reichsbahn und Reichspost, ferner an den Bau von zahlreichen Wasserstraßen und stellte dann fest, daß **die bisherigen Ergebnisse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keineswegs ungünstig sind.** Seit Anfang Juli hat die Zahl der Erwerbslosen eine Verminderung um eine viertel Million erfahren. Es darf erwartet werden, daß ein an sich ungünstiger Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt überwunden werde.

Am Schlusse seiner Rede erörterte der Reichskanzler die letzten internationalen Ereignisse, wobei er zunächst zum

Abschluß des Stahlpaktes,

dessen wirtschaftliche und politische Bedeutung man nicht unterschätzen solle, ausführte: Wollte unsere Stahlindustrie sich nicht völlig vom ausländischen Markt verdrängen lassen und daheim Betriebseinschränkungen mit Arbeiterentlassungen vorzunehmen gezwungen werden, so mußte sie zu **tatsächlichen Verlustpreisen im Auslande ihre Ware abzusetzen versuchen.** Der Abschluß des Stahlabkommens wird durch Beendigung des Schleuderverkaufes auf den Auslandsmärkten die Rentabilität der deutschen eisenschaffenden Industrie erhöhen und ihren Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeit sichern und den Wert der deutschen Ausfuhr in diesen Erzeugnissen steigern, was für die günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz von größter Bedeutung ist. Auch die eisenverarbeitende Industrie mit ihrer Arbeiterschaft wird Nutzen aus dem Abkommen ziehen dadurch daß bei der zu erstrebenden Angleichung der Auslandspreise an die Inlandspreise die fremden Industrien nicht mehr billiger mit Rohstoffen beliefert werden als z. B. die deutsche Maschinenindustrie. Die Zustimmung der eisenverarbeitenden Industrie zeigt deutlich, daß man in diesen Kreisen eine Besserung der Wettbewerbsfähigkeit erhofft. Die Regierung wird nötigenfalls unter voller Einsetzung ihrer Autorität sicherstellen, daß die Hoffnung, daß die Verständigung dazu dienen wird, allen Zweigen der Wirtschaft gleichmäßig einen kräftigen Antrieb zu gesunder Fortentwicklung zu geben, auch tatsächlich in Erfüllung geht.

Das Stahlabkommen hat aber eine über das rein Oekonomische hinausgehende Bedeutung. Es scheint mir nicht möglich, daß man innerhalb mächtiger führender Industrien wirtschaftliche Friedenspakte abschließen und sich daneben politisch wie bisher befehden kann.

Das eine schließt das andere aus, denn wir wissen alle, wie tief die Kriegsursachen in wirtschaftlichen Gegensätzen begründet waren. **So steht zu erwarten, daß auch auf politischem Gebiete eine weitere Entspannung eintreten werde, zunächst innerhalb des Kreises der beteiligten vier Länder, dann aber auch darüber hinaus, denn der Stahlpakt richtet sich gegen kein Land.** Jedes andere Land kann ihm beitreten.

Im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist viel Kritisches über die „sogenannte" Erfüllungspolitik gesprochen worden, bei einem Vergleich zwischen dem Jahre 1921, das die Einleitung der viel umstrittenen Erfüllungspolitik brachte, und heute kann man nicht verkennen, daß uns diese Politik der Verständigung ein gutes Stück weiter gebracht hat. Die Aera der Diktate, der Ultimaten, der Drohungen haben wir ein für allemal überwunden. Weite Gebiete deutschen Landes, die jahrelang unter dem schweren Druck der Besatzung zu leiden hatten, sind frei, und Deutschland ist vor einigen Wochen Mitglied des Völkerbundes geworden, der keinen Unterschied kennt zwischen Siegern und Besiegten. Wir werden im Völkerbund ehrlich und loyal mitarbeiten im Geiste der hohen Ideale, die dem Bunde gesetzt sind, und hoffen, auf diese Weise auch unsere Interessen am besten zu wahren, die Interessen Deutschlands und der **deutschen Minderheiten, die von uns mit gutem Recht Schutz und Hilfe erwarten dürfen.**

Besprechungen wie die von Thoiry

sind eigentlich etwas Selbstverständliches zwischen Nationen, die einem Bunde angehören, dem die friedliche Beilegung etwa auftauchender Streitfragen als höchstes Ziel gesetzt ist.

Noch manche Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, ehe wir zu einer befriedigenden Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen kommen werden. Auch ich habe das feste Vertrauen, daß diese Lösung gefunden werden wird, weil ich hüben und drüben den ernstlichen Willen sehe, sie zu finden, **einen Willen, der nicht erschüttert werden darf durch bedauerliche Ereignisse, wie wir sie in den letzten Tagen im besetzten Gebiete erlebten.** Wie immer auch die Schuldfrage bei den schmerzlichen Zwischenfällen aufgeklärt werden mag, das eine ist gewiß, **die Besprechung in Thoiry kann und darf durch solche Vorkommnisse nicht beeinträchtigt werden.** Unvermeidlich ist es, daß sie auf die Stimmung der Bevölkerung der besetzten Gebiete einwirken. Ich aber habe als der für die Richtlinien der deutschen Politik verantwortliche Staatsmann dafür zu sorgen, daß wir trotz dieser schmerzlichen Zwischenfälle den Weg weitergehen, der zur Lösung der wichtigen Fragen führt, die zwischen Deutschland und Frankreich zu erledigen sind.

An die Bevölkerung des besetzten Gebiets richte ich deshalb die Mahnung, würdige Zurückhaltung zu üben!

Wirtschaftliche Annäherung an England.

Das Ergebnis der Industriebesprechungen.

Ein deutsch-englischer Wirtschaftsausschuß.

Broadlands, 10. Oktober. Ueber die deutsch-englischen Industriellenbesprechungen wird folgender Bericht verbreitet: In Broadlands fanden über das Wochenende zwischen deutschen und englischen Industriellen zwanglose Unterhaltungen statt, die den Zweck hatten, festzustellen, in welchem Umfange es möglich sei, die Interessen der beiden Länder auf eine gemeinsame Formel zu bringen. Die Teilnehmer handelten hierbei in privater Eigenschaft. Es bestanden keine Vollmachten, irgendwie geartete Abkommen zu schließen. Ausgehend von einer Betrachtung der Wirtschaftslage der beiden Länder wandte sich das Interesse **internationalen Abkommen auf wirtschaftlichem Gebiet** zu. Hierbei wurden die Aussichten erörtert, die für eine gegenseitige Unterstützung bestehen, um Europa einer wirtschaftlichen Gesundung entgegenzuführen, **insbesondere um im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in beiden Ländern in größerem Umfange Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Im Zusammenhang mit diesem Problem wurde ferner besprochen, wie angesichts einer wachsenden Produktionsfähigkeit die Arbeitskraft der europäischen Länder, die nach dem Kriege stark gesunken ist, gehoben werden könnte.** Die Verhandlungen waren getragen von dem aufrichtigsten Bestreben gegenseitigen Verstehens, von dem Wunsche, Schwierigkeiten zu beseitigen und eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. **Es kann gesagt werden, daß die Besprechungen in der Tat eine ausgezeichnete Grundlage für künftige Abmachungen zwischen beiden Ländern bilden würden. Darüber hinaus bedeutet nach dem Gefühl aller Beteiligten die Konferenz einen Beitrag für die wirtschaftliche Verständigung in Europa.**

Die Konferenz beschloß einen Ausschuß zu bilden, dem u. a. Sir Robert Horne, Herr Duisberg, Herr Hannon, Herr Kastel und Herr Nugent angehören werden. Aufgabe des Ausschusses soll es sein, die aufgeworfenen Fragen weiter zu behandeln. **Weitere Zusammenkünfte der Konferenzteilnehmer sind bereits in Aussicht genommen.** Vor ihrer Abreise nahmen die deutschen Teilnehmer Gelegenheit, Colonel Wilfrid Aschley und insbesondere Frau Aschley für die überaus liebenswürdige Gastfreundschaft zu danken. (W. T. B.)

Die Bergarbeiter in Leicester splittern ab.

(Durch Funkspruch.)

London, 10. Okt. Der Rat der Bergarbeiter der Grafschaft Leicester beschloß, den Streik abzublasen und den Mitgliedern dringend zu empfehlen, sich sofort an die Arbeit zu begeben. Nahezu 60 Prozent der Grubenarbeiter in der Grafschaft Leicester sind bereits bei der Arbeit, und alle Kohlengruben fördern Kohle. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.